



Sitzung des Rates der Stadt Mönchengladbach am 22.05.2013

Rede des Fraktionsvorsitzenden Karl Sasserath (Grüne) zu TOP 26 „Kriseninterventionszentrum“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

Die UN-Kinderrechtskonvention ist in Deutschland seit 1992 in Kraft. In dieser Konvention, sind unter anderem die Rechte unserer Kinder auf Förderung, Schutz und Beteiligung festgelegt, um ein klares Signal für mehr Kinderfreundlichkeit in Deutschland zu setzen.

Damit gibt unsere staatliche Ordnung jedem Kind ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung seiner Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung und den besonderen Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Weiter soll jedes Kind das Recht haben auf Beteiligung in allen Angelegenheiten, die es betreffen.

Die staatliche Gemeinschaft soll die Rechte des Kindes achten, schützen und fördern sowie Sorge tragen für kindgerechte Lebensbedingungen. Das, meine Damen und Herren, ist die Ausgangslage.

Sie sehen, wir als Bürger dieses Landes sind danach in der Pflicht, das Wohl aller Kinder und Jugendlichen nicht aus den Augen zu verlieren. Es geht darum, die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen sowie ihre Rechte zu verbessern und auf die Einhaltung dieser Rechte zu achten.

Und selbstverständlich muss Kindern und Jugendlichen, die sich – aus welchen Gründen auch immer – in persönlichen Problemlagen, in Krisensituationen befinden, geholfen werden. Einrichtungen wie das Kriseninterventionszentren, kurz KRIZ unterstützen Kinder und Jugendliche, die Grenzen verletzt haben und mit den herkömmlichen erzieherischen Grenzsetzungen der Jugendhilfe nicht mehr erreicht werden.

Die Unterbringung in einem KRIZ ist für die betroffenen Kinder und Jugendlichen zunächst eine freiheitsbeschränkende Maßnahme, wobei die Geschlossenheit fakultativ (dem eigenen Ermessen überlassen; nach eigener Wahl; nicht unbedingt verbindlich) ist. Das heißt, dass Kinder und Jugendliche sehr wohl Ausgangsmöglichkeiten haben.

Diese sind aber sehr bewusst gesteuert und abhängig von der Mitarbeit der Jugendlichen. Die Idee, die dahinter steht, sind die Richtlinien des Rheinischen Modells.

Danach wird den Kindern und Jugendlichen mit Hilfe einer klaren Alltagsstruktur und einem damit verbundenen überschaubaren Regelwerk ein Rahmen geboten, der ihnen ermöglichen soll, einen Weg zu finden aus ihrer krisenhaften Situation.

Nun hatte sich der Chefredakteur einer Tageszeitung dieser Stadt am Wochenende noch sinngemäß geäußert, die KRIZ-Befürworter hätte nichts Besseres zu tun als noch mehr schwersterziehbare Jugendliche aus anderen Bundesländern hier her zu holen und in einem noch größeren KRIZ zu betreuen.

Auf Krise in der Nachbarschaft hätten Normalfamilien wie etwa die Biedermanns in Windberg aber keinerlei Lust. Meine Damen und Herren, sind Sie auch davon überzeugt, dass, wenn man 100 Prozent derjenigen, die sich durch das KRIZ gefährdet fühlen, befragen würde, was dort eigentlich wie geschieht, Ihnen vielleicht weniger als fünf Prozent dazu etwas sagen können.

Christliche Werte und Kultur dürfen nicht auf der Strecke zu bleiben, wenn es um die Stamtischhoheit geht. Dies kann man teilen oder nicht! Aber, meine Damen und Herren, ich frage Sie: Zeugt es von einer verantwortungsvollen Politik, wenn die für richtig gehaltene wichtige soziale Arbeit des KRIZ abgelehnt wird, nur um damit an den Stammtischen punkten zu wollen?

Was soll aus der parlamentarischen Demokratie werden, wenn Politik fortlaufend den Kniefall vor denjenigen übt, die auf fragwürdigem Niveau Meinungen kolportieren, um die Hoheit an den Stammtischen zu behalten?

Oder geht es am Ende nur noch um Meinungsmache, vielleicht um Auflagen und Verkauf. Oder soll das KRIZ nur instrumentalisiert werden, weil man sich über die Verunsicherung von Mitbürgerinnen und Mitbürger den Einzug in diesen Rat verspricht?

Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Was gibt Mönchengladbach als Stadt mit einer herausragenden sozialen Tradition und als bedeutender Hochschulstandort der sozialen Arbeit für ein Bild in der Öffentlichkeit ab, wenn sich eine Mehrheit dieses Rates bei der Diskussion um die Erweiterung des KRIZ als Einrichtung der Kinder- und Jugendhilfe dem Druck von Polemik beugt?

Wie vielleicht der eine oder die andere von Ihnen weiß, sehr geehrte Damen und Herren, ist das deutsche Sozialwesen vom Subsidiaritätsprinzip geprägt. Dieses Nachrangigkeitsprinzip kommt aus der Christlichen Soziallehre. Es geht von dem Gedanken aus, dass die sozialen Aufgaben in Deutschland zuerst von freien Trägern wahrzunehmen sind.

Erst wenn diese Aufgaben von keinem freien Träger wahrgenommen werden, sind staatliche Aufgabenträger gehalten darüber nachzudenken, ob sie zur Erledigung eigene Einrichtungen schaffen.

Dazu sei die Frage gestattet: Was wäre denn die Alternative zu Einrichtungen wie dem KRIZ? Letztlich geht es doch bei den Attacken gegen das KRIZ um einen Angriff auf die Reformpädagogik. Das KRIZ ist in Abkehr von der sogenannten schwarzen Pädagogik Teil einer entwickelten Reformpädagogik, die sich auf schwierige pädagogische Anforderungen und Situationen von Kindern und Jugendlichen einlässt, nach Antworten sucht und solche findet.

Der Ansatz des KRIZ setzt eben gerade nicht auf den sozialräumlichen Ausschluss von Kindern und Jugendlichen, nicht auf deren die Aussonderung in Einrichtungen auf der grünen Wiese, sondern vielmehr sind es die Integration, die Inklusion in die städtischen Lebenszusammenhänge, die helfen und heilen. Was, meine Damen und Herren, ist denn an der Qualität des KRIZ zu kritisieren?

Die Einrichtung hat doch in Mönchengladbach, wenn ich das richtig sehe, eingebunden in das soziale und schulische Netzwerk unserer Stadt in den vergangenen Jahre hervorragende Arbeit geleistet. Und die sollte hier in Mönchengladbach fortgesetzt und weiterentwickelt werden.

Gestatten Sie mir in Bezug auf einen Kollegen, der hier heute, weil er dem Rat nicht angehört, nicht zu Wort kommt, einige Worte der ausdrücklichen Zustimmung und Anerkennung zu seinem Handeln.

Wenn der Bezirksvorsteher Nord mit dem Träger des KRIZ über einen möglichen Standort spricht, dann den Oberbürgermeister bittet, Kolleginnen und Kollegen aus allen Fraktionen zu einem gemeinsamen Gespräch einzuladen, um über das Thema zu sprechen und dann dafür anschließend öffentlich wiederum im Leitmedium dieser Stadt als sich eines nassforschenden Verhaltens bedienend geziehen wird, frage ich mich, was einem durch freie Wahl demokratisch legitimierten Mandatsträger in seiner Aufgabe als öffentlichen Ansprechpartner denn zukünftig überhaupt noch an freier Kommunikation zugestanden werden soll?

Ich halte das Vorgehen des Bezirksvorstehers Nord für korrekt und nicht zu beanstanden!

Wenn dann Beteiligte aus allen Ratsfraktionen an diesem Gespräch beim Oberbürgermeister sich auf ein gemeinsames Vorgehen ohne jeglichen Widerspruch verständigen, dann aber gegen den Initiator des Gespräches mittels einer gezielten Indiskretion über ein Medium Stimmung machen, dann ist dies sicherlich kein nachahmenswertes Beispiel für eine gelungene interfraktionelle Zusammenarbeit dieses Rates.

Für das Kriseninterventionszentrum einzutreten, das ist auch eine politische Haltung, die von Auseinandersetzung und Verantwortung zeugt. Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, bitte ich Sie, folgen Sie unserem Antrag.



Wenn sich Träger, Verwaltung und Politik gegenüber der Öffentlichkeit zu einer miteinander abgestimmten gemeinsamen Kommunikation verabreden, kann das Vorhaben erfolgreich umgesetzt werden.

Das KRIZ, meine Damen und Herren, braucht eine breite Akzeptanz.
Unterstützen Sie es!

Für Ihre Aufmerksamkeit danke ich Ihnen.